

Rückkehr der Hexen

Die Feministinnen starten eine neue Kampagne: für ein Gesetz gegen sexuelle Gewalt und für eine Frauen-Universität.

Im römischen Kino „Ambasciatori“ war gerade die Spätvorstellung des Films „Porno-Delirium“ zu Ende — da knallte es. Ein Sprengkörper explodierte, Flammen zerstörten den zu diesem Zeitpunkt schon leeren Zuschauersaal. In derselben Nacht brannte auch das Sex-Kino „Majestic“ in der Straße zu den Heiligen Aposteln nieder. Auf dem Programm stand: „Bereit zur Lust“.

Verantwortlich für die Anschläge erklärten sich die „Organisierten Genossinnen für die feministische Gegenmacht“. Diese zuvor unbekannte Gruppe haßt Porno-Kinos, weil dort, erklärte sie auf einem Flugblatt, „die Gewalt dieses Staates propagiert wird, die den Frauenkörper vermarktet“.

So radikal wie die römische Brandstifter-Truppe kämpft freilich nur eine Minderheit der italienischen Feministinnen. Die Mehrheit hat den langen Marsch durch die Institutionen angetreten: Sie will Reformgesetze durchpauken und in Parteien wie Gewerkschaften, im öffentlichen Dienst wie in Privatbetrieben die volle Gleichberechtigung der Frau erreichen.

„Wir unternehmen einen neuen Anlauf“, erläuterte die Sprecherin eines Mailänder Frauenkollektivs, „um bestimmte Vorurteile und Denkmuster in unserer von Männern beherrschten Gesellschaft auszumerzen.“

Italiens Feministinnen hatten sich einst für das Scheidungsgesetz engagiert, dann waren sie die treibende Kraft für das 1978 verabschiedete liberale Abtreibungsgesetz. Zehntausende von Frauen zogen damals durch die Straßen und riefen als Herausforderung an die Männer: „Tremate, tremate, le streghe son tornate“ — zu deutsch: Zittert, zittert, die Hexen sind wieder da.

Statt spektakulärer Aufmärsche betreiben die Mitglieder der Frauenbewegung jetzt mühevollen Kleinarbeit an der Basis, etwa am Arbeitsplatz oder bei Bürgerinitiativen in den Wohnvierteln.

Auch im Parlament stellt die Women's-Lib-Bewegung neue Forderungen. Der prokommunistische Frauenverband UDI, die „Bewegung für die Befreiung der Frau“ und mehrere Kollektive sammelten über 50 000 Unterschriften für ein Gesetz gegen die sexuelle Gewalt. Es soll demnächst im Abgeordnetenhaus beraten werden.

Anlaß für diese Initiative ist die hohe Zahl von Vergewaltigungen in Italien (dem Feministinnen-Blatt „Quotidiano Donna“ zufolge 16 000

pro Jahr) und die darauffolgenden Prozesse, bei denen oftmals die Frau als die moralisch Schuldige hingestellt wird, etwa nach dem Motto: „Sie hat die Männer ja provoziert und war so wieso kein Engel.“

Immer wieder erleben die Feministinnen bei solchen Prozessen, mit welchen Tricks die Angeklagten und ihre Anwälte vorgehen, damit das Gericht nur eine geringe Strafe verhängt. Beispiel: Die Brüder Giuseppe und Pietro Peruffo, als Viehhändler viel unterwegs, vergewaltigten erst eine Schülerin und wenige Tage später eine Hebamme. Beim Prozeß vergangenem Monat in Verona hielt Giuseppe sein vierjähriges Söhnchen auf dem Arm und seine Ehefrau zärtlich an der Hand.

technische Details des Gewaltaktes“ ausgefragt werden.

- ▷ Wenn das Sexualvergehen von zwei oder mehr Personen begangen wird, müssen die Täter mit Haftstrafen von fünf bis zehn Jahren rechnen.

Gerade diese Gruppengewalt gegen Frauen hat in letzter Zeit zugenommen. Im italienischen Strafgesetzbuch ist sie aber bislang nicht eigens erwähnt.

Andererseits enthält der Strafkodex immer noch archaische Normen, etwa die sogenannte Wiedergutmachungs-Hochzeit (ein Sexualtäter bleibt straf-frei, wenn er das Opfer heiratet) und das durch den Film „Scheidung auf italienisch“ berühmt gewordene „Ehrendelikt“: Ein Ehemann, der seine Frau aus begründeter Eifersucht ermordet,



Brandanschlag auf römisches Sex-Kino „Majestic“: „Feministische Gegenmacht“

Als diese rührselige Show auf den Richter nicht wirkte, beantragte Peruffos Verteidiger sogleich ein psychiatrisches Gutachten über seinen Mandanten — der Prozeß, bei dem mehrere Frauen-Kollektive als Privatkläger vertreten sind, wurde erst einmal vertagt.

Der feministische Gesetzesvorschlag will vor allem überholte Normen durch neue ersetzen. Kernpunkte des Entwurfs:

- ▷ Vergewaltigung ist nicht mehr bloß ein Verstoß gegen die öffentliche Moral, sondern viel konkreter ein „Delikt gegen die Person“.
- ▷ Bei Sexualprozessen werden die Frauenrechtsverbände stets als Nebenkläger zugelassen.
- ▷ Vergewaltigte Frauen dürfen bei der Verhandlung nicht mehr „über

kann mit drei Jahren Gefängnis davonkommen. Auf Begehren der Frauen sollen diese Bestimmungen abgeschafft werden.

Während die Feministinnen für ihren Gesetzesvorschlag mit der parlamentarischen Hilfe vieler Männer rechnen, wollen sie andere — kulturelle — Themen lieber bloß unter sich diskutieren. So gründeten zwei Dutzend engagierte Frauen, vornehmlich Akademikerinnen, in einem seit 1976 von Women's-Lib-Gruppen besetzten römischen Palazzo das „Kulturzentrum Virginia Woolf“, eine Männern de facto verbotene kleine „Frauen-Universität“.

Über 1000 meist junge Frauen, darunter viele Ausländerinnen, sitzen in den Vorlesungen und Seminaren. Die Kurse sind überfüllt. Sie sollen den Frauen das ideologische Rüstzeug für

Auseinandersetzungen in einer Gesellschaft geben, deren Wertmaßstäbe stark vom lateinischen Männlichkeitskult bestimmt sind.

Für den Meinungsforscher Giam-paolo Fabris steht schon jetzt „einwandfrei fest“, daß nach zehn Jahren Feminismus „die meisten Italienerinnen ein gewandeltes Selbstverständnis haben... und eine andere Art der Beziehung zwischen den Geschlechtern wünschen“. Aber: Hat der Feminismus auch die italienischen Männer geändert?

„Bisher nur eine Minderheit“, urteilt Fabris, dessen Institut Demoscopa einen repräsentativen Querschnitt der männlichen Bevölkerung befragte.

Zwei Drittel der Italiener, so ergab sich, glauben bewußt oder unbewußt weiterhin an die Überlegenheit des Mannes — und benehmen sich folglich wie Paschas, am Arbeitsplatz wie im Bett. 55 Prozent bevorzugen eine „abhängige“ Ehefrau, die aufs Wort paariert.

Immerhin würden inzwischen 43 Prozent der Italiener lieber eine selbstbewußte, unabhängige Frau heiraten, wobei vor allem Männer unter 30 wachsendes Verständnis für emanzipierte Partnerinnen zeigen. Der Psychoanalytiker Cesare Musatti: „Ein hoffnungsvolles Zeichen.“

UNTERNEHMER

Harter Knochen

Amerikanische Finanzbeamte verdächtigen den Computer-Multi IBM unstatthafter Bilanzmethoden.

Die Manager der amerikanischen Computerfirma IBM haben Ärger mit den Steuerbehörden in ihrem Stammland: Ihre Bilanzen sind zwar streng nach gesetzlichen Vorschriften gefertigt — aber die Gesetze waren zum Teil die falschen, nämlich deutsche.

Die Steuerprüfer von New York wollen im Rechenwerk der Computerbauer einen unsauberen Trick entdeckt haben. Dadurch habe die Firma mindestens 1,19 Milliarden Mark nicht als Gewinn deklariert und Steuern von fast 200 Millionen Mark gespart.

Der Trick: Die Konzernmutter habe, zumindest teilweise, Gewinne versteckt, indem sie ihre Tochter IBM Deutschland GmbH hohe Pensionsrückstellungen bilden ließ. Das Konzernergebnis sei dadurch bescheidener ausgefallen, die Steuerlast leichter geworden.

Die Direktion des deutschen IBM-Ablegers läßt inzwischen um Verständnis bitten, daß sie „in dieser Sache lieber gar nichts sagen“ will. Dabei bräuchte die Sache den Stuttgarter Managern überhaupt nicht peinlich zu sein: Nach deutschem Recht sind die Bilanzen in Ordnung.



IBM-Produktion in Stuttgart: Für die Konzernmutter Gewinne versteckt?

In der Bundesrepublik ist präzise geregelt, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe die Firmen Gewinne für künftige Pensionszahlungen in ihre Reserven tun können. Die deutschen Behörden akzeptieren diese Beträge als steuerfrei, obwohl sie wissen, daß die Unternehmen in guten Jahren großzügige Altersvorsorge betreiben.

Die Amerikaner konnten sich mit dieser Methode der Steuerverkürzung noch nie so recht anfreunden. Pensionsrückstellungen deutscher Art sind in Amerika grundsätzlich keine Ausgaben, die das Unternehmen vom zu versteuernden Gewinn abziehen darf.

Nach amerikanischem Recht müssen die Altersruhegelder an einen firmenfremden Fonds überwiesen werden. Der verwaltet dann selbständig die Gelder und legt sie außerhalb des Unternehmens an. Nur in solchen Fällen verfahren die amerikanischen Steuerbehörden ähnlich großzügig wie ihre westdeutschen Kollegen.

Die Rückstellungen der deutschen IBM-Tochter aber, argumentieren die US-Rechercheure, hätten das Ergebnis auch der Muttergesellschaft verkleinert. Die IBM-Zentrale in Armonk, New York, müsse diese Rückstellungen in den USA versteuern.

Die Berechnung der fälligen Beträge wird schwierig werden. Denn Grundlage der Besteuerung ist die konsolidierte IBM-Weltbilanz — die Bilanz also, in der alle Firmen des Konzerns mit ihren Kosten und Erträgen erfaßt sind.

Diese Weltbilanzen, die auch andere multinationale Konzerne, etwa Exxon und Ford, präsentieren, sind selbst für

ausgefuchste Experten nicht immer leicht zu lesen. Ohne intime Kenntnis der IBM-Bilanzierungs-Methoden, so meinen die Fachleute, sei aus dem Konzerngewinn der Anteil der deutschen Tochter kaum herauszurechnen. Mit der schlichten Übernahme der deutschen Rückstellungen in die Konzern-Ertragsrechnung sei es jedenfalls nicht getan.

Selbst die Steuerprüfer in New York hatten das Rechenwerk der IBM über Jahrzehnte hinweg nicht beanstandet, weil sie offenbar nicht die Feinheiten durchschauten. Dafür sind sie jetzt um so gründlicher: Sie fordern Steuern gleich rückwirkend für mehrere Jahre.

Andere Multis mit ertragreichen Töchtern in der Bundesrepublik verfolgen den Steuerstreit inzwischen mit wachsendem Unbehagen. Sie fürchten, daß die US-Steuerbehörden auch ihre Bilanzen nach IBM-Muster näher prüfen könnten.

So schnell allerdings wird das kaum gehen. Denn die Steuerprüfer haben sich den härtesten Knochen gleich für den Anfang vorgenommen: Mit dem Computer-Riesen und seinen Anwälten sind die US-Behörden bisher schon nur sehr schwer zurechtgekommen.

Obwohl der Steuerstreit wegen der Wirkung auf die Öffentlichkeit den IBM-Leuten zu schaffen machen wird, geben amerikanische IBM-Kenner auch der Finanzbehörde in der rechtlichen Auseinandersetzung letztlich wenig Chancen. „Die werden“, vermutet der Firmenberater Ulric Weil, „die Sache einfach etliche Jahre vor den Gerichten schmoren lassen.“ ◆